GS-KS-01-069

Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in:	BAG Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik
Beschlussdatum:	09.04.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Von Zeile 68 bis 74:
heute nur ein Viertel der Nichtakademikerkinder studieren, gleichzeitig aber drei Viertel der Kinder aus Akademikerfamilien. ~~Allerdings muss dafür die Studienfinanzierung grundlegend verändert werden: Das BAföG muss wieder zum Leben reichen. Mittelfristig soll die Studienfinanzierung aus einem Studierendenzuschuss für alle und einem Bedarfszuschuss für Studierende aus ärmeren Elternhäusern bestehen. Studiengebühren lehnen wir ab. Doch der Zugang zum Studium allein reicht noch nicht aus.~~Wir wollen lebenslanges Lernen ermöglichen und die Studienfinanzierung grundlegend verändern. Das BAföG muss zum Leben reichen - unabhängig von Elternhaus, Alter und Herkunft! Wir wollen als ersten Schritt einen Studienzuschuss für alle und einen Bedarfszuschuss für Studierende aus ärmeren Elternhäusern einführen und die automatische Anpassung an Lebenshaltungs- und Wohnkosten. Studiengebühren lehnen wir ab. Doch eine gute Studienfinanzierung allein reicht noch nicht aus.
Auch bessere Studienbedingungen sind wichtig, also gute Lehre, ausreichend Beratungsangebote und mehr Lehrende zur Unterstützung

Begründung

Das BAföG ist in Deutschland das wichtigste Instrument um Menschen ein Studium zu finanzieren und damit zu ermöglichen. Zurzeit erfüllt es jedoch nicht die Anforderungen, die wir Grüne an eine gerechte Studienfinanzierung im Zeitalter des lebenslangen Lernens stellen: Die Zahl der BAföG-Empfänger*innen ist in den letzten Jahren gesunken, obwohl die Studierendenzahl insgesamt steigt. Das zeigt die Ungerechtigkeit und auch das Versagen der Großen Koalition auf diesem Politikfeld. Wir wollen jeder*m Aufstieg durch Bildung ermöglichen und halten daher die Reform des BAföG hin zum grünen Zwei-Säulen-Modell für eine der vorrangigsten Aufgaben der nächsten Bundesregierung. Wie andere Sozialleistungen auch, soll es sich automatisch den Lebenshaltungskosten anpassen – statt wie bislang nach politischem (Un)Willen. Wie das Wohngeld auch, soll es sich den durchschnittlichen Mietpreisen der Hochschulstadt anpassen – statt wie bislang das Wohnen in München, Jena, Hamburg oder Frankfurt/Main für ärmere Studierende zu verhindern. Wie im gesamten Bildungssystem sonst auch, soll sich die Höhe des BAföG an der Person des*der Student*in orientieren – statt wie bislang am Einkommen der Eltern.